

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.80 Beilagen, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis des Auslandes unter Streifen 1.35 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile mit 10 Zeilen oder deren Raum 10 Pfennig, Restante 50 Pf. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67377.

Nr. 122.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 29. Mai 1931.

13. Jahrgang.

Wer viel mit Menschen reden muß, der muß noch mehr mit Gott reden. Frommel.

„Kulturabbau“.

Von Hermann Leitz.

Auf den Artikel „Allgemeiner Kulturabbau“ sind mehrere Zuschriften eingegangen. Wir nehmen diesen Artikel auf. Er geht recht scharf mit dem Verfasser ins Gericht, der mit seiner Kritik auch wohl weniger den Stand der Lehrer, als die Mißstände eines Systems treffen wollte. Die Form war freilich nicht sehr geschickt.

Ich weiß nicht, wer den Artikel über Kultur- und Schulabbau am 10. Mai geschrieben hat. Als Lehrer habe ich aber den Eindruck, daß der Verfasser kein Schulmann ist. Das erkenne ich an der sehr oberflächlichen Bewertung der Arbeit in der Schule und aus dem recht unfreundlichen Ton, den er für die Schulmeister übrig hat. Beides nehme ich ihm an sich nicht übel. Beides kommt dem Lehrer nur gar zu oft entgegen: Mißachtung und Meid. Ich gestehe ohne weiteres, daß ich selbst den Lehrerstand, bevor ich ihm — gegen meinen Willen — eingefügt worden war, falsch beurteilt habe. Zwar kennt jedermann das Sprichwort: „Ein jeder Stand hat seine Plage“ — aber jedermann läßt es nur gelten für seinen Stand. Im allgemeinen macht man sich keine Mühe, die „Plagen“ eines anderen Berufs zu erkennen, weil es mehr Spaß macht, sich an dessen Vorzügen zu vergnügen und dabei die menschliche Fähigkeit des Meides zu pflegen.

Also: meinem Mitbürger, der aus Unkenntnis urteilt, nehme ich nichts übel. Aber, da er seine harten und verkehrten Urteile in einer großen Öffentlichkeit ausspricht, muß er mir wohl erlauben, im Interesse der bedeutenden Sache, um die es sich handelt, einiges zu erwidern. Ein „Aufwärts“-Artikel unter so fetter und inhaltsschwerer Ueberschrift muß sachlich sein. Er sollte einen nicht an die Gepflogenheiten verheßter und verheßender Parteiblätter erinnern. Ziel mir doch beim Lesen die „Osterbetachtung“ eines sozialistischen Blattes ein, in der Pontius Pilatus ausgiebig charakterisiert wurde, und zwar in dieser Art: „Pontius Pilatus — das ist der korrekte Beamte, der fette Bürger, der auch über ein Menschenleben hinweggeht, wenn es ihn in seiner Ruhe stört.“ Die Hauptsache ist, daß niemand an seinem Ruhegehalt zu tippen wagt.“ Die persönliche Abneigung gegen den Beamten ist hier nicht weniger deutlich als in dem Kulturabbau-Artikel bei dem Satz: „Wenige, aber gute Lehrer, die mit Lust und Liebe ihren Beruf ausüben, erzielen bessere Ergebnisse als die große Masse der Lehrer und Lehrerinnen, die nur den Lehr-Beruf ergreifen haben, um sich eine gute Stellung zu schaffen, in der man im wesentlichen nur wenige Stunden am Tage zu arbeiten hat, im übrigen aber ein sehr hohes und sicheres Einkommen hat.“

Hier wird einem zahlreichen Berufsstand, dessen Tätigkeit für das Volksganze von tatsächlich weittragender Bedeutung ist, in einer Form der Kopf „gewaschen“, daß es nur bedauerlich ist. Es ist mir wirklich nicht darum zu tun, etwa persönlich gekränktes Ehrgefühl temperamentvoll zu befriedigen. Es handelt sich einfach darum, dieses — ach so schnell und gern nachgesagte — verächtliche Urteil auf seine sachliche Berechtigung zu prüfen, damit nicht der Miß und das Mißverhältnis zwischen Schule und Elternhaus noch größer werde auch bei den Besonnenen. Von dem Urteil über die Lehrerschaft hängt das Urteil über die Schule ab! Wie die Eltern, so stehen auch die Kinder der Schule gegenüber. Der Lehrer merkt es sehr genau an seinem Schüler, wie man daheim über Lehrer und Schule spricht. Er merkt das daran, wie weit und stark seine Ermahnungen, Anweisungen und Wünsche auf den Schüler Eindruck machen. Zum Glück haben manchmal die Kleinen mehr Anstandsgefühl und Gerechtigkeitssinn als die Großen.

Was oben der „großen Masse der Lehrer und Lehrerinnen“ nachgesagt wird, ist mir zu wenig appetitlich, als daß ich mich ausschließlich damit abgeben dürfte. Die Bestimmung eines ganzen Standes so zu deuten, ist zumindest gewagt. Ich will nicht wiederholen, was man in solcher Art etwa über den Pfarrerstand spricht. Ich will nur um das Streben nach Gerechtigkeit bitten. Jedenfalls darf ich das eine sagen: „Die große Masse“ der Lehrer hat bisher in einem Alter die Berufswahl getroffen, in dem der Berufsidealismus und nicht der Standesvorteil maßgebend ist. Ethische und intellektuelle Reigung sind bestimmend gewesen. Daß der Idealismus im späteren Alter — wie bei allen Berufen — bei gar manchem Berufs- zugehörigen nachläßt oder sogar völlig schwindet, soll weder bestritten noch beschönigt werden. Das hat seinen

Das Kabinett für Curtius.

Die Haltung der deutschen Abordnung in Genf vom Reichskabinett gebilligt.

— Berlin, 27. Mai.

In der Mittwochvormittags-Sitzung des Reichskabinetts erstattete Reichsminister Dr. Curtius einen ausführlichen Bericht über den Verlauf und die Ergebnisse der Genfer Tagung des Völkerbundsrats und des Europa-Ausschusses.

Nach eingehender Aussprache stimmte das Reichskabinett den Ausführungen des Reichsaussenministers zu, wogegen vom Reichkanzler der Dank der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht wurde.

Am Nachmittag wurde in einer Chefbesprechung die Beratung der geplanten Finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen fortgesetzt.

Das Ergebnis von Genf

beurteilt man an zuständiger Stelle wie folgt: In der Frage der deutsch-österreichischen Zollunion sei es in Genf gelungen, die Stellung, die durch die Vorverhandlungen zwischen Wien und Berlin eingenommen war, zu halten. Man sei sich von vornherein darüber klar gewesen, daß der österreichische Vertragspartner sich einer Prüfung der juristischen Unbedenklichkeit des Zollvertrages nicht entziehen konnte. Jedenfalls sei es vermieden worden, daß ein weiteres Eingreifen des Völkerbunds etwa auf Grund der Artikel 11 und 15 der Satzung in rein deutsch-österreichische Angelegenheiten geschehe. Schon jetzt Prognosen für die Behandlung der deutsch-österreichischen Zollunion auf der Herbsttagung in Genf zu stellen, sei natürlich nicht möglich. Jedenfalls ist man in Regierungskreisen der festen Ansicht, daß der Haager Gerichtshof die Rechtsfrage in deutsch-österreichischen Sinne entscheiden wird.

Man glaubt sogar, daß sich die Gesamtsituation infolge gütlicher Verständigung des Projektes entwickeln wird, als bei den im Laufe des Sommers in Genf stattfindenden Wirtschaftsverhandlungen der verschiedenen Unterkommissionen, die die französischen Gegenstände betreffen werden, nicht sehr viel positive Momente sich zeigen werden.

Der zweite Hauptpunkt der Genfer Tagung war die Debatte über die Abrüstungsfrage. Ein begrüßenswertes Ergebnis sei es, daß es gelungen sei, zum Präsidenten der Abrüstungskonferenz im Februar 1932 den englischen Außenminister Henderson zu nominieren. Wenn der Reichsaussenminister sich entschlossen habe, trotz der mehrfach von deutscher Seite festgestellten größten Unzulänglichkeiten des Abrüstungskonventions-Entwurfs sich bei der Aussprache über die Offenlegung des Rüstungsstandes der Stimme zu enthalten, so sei dies geschehen nur um Schlimmeres zu verhüten, nämlich einer weiteren

Verflechtung der bestehenden großen Rüstungen Vor- schub zu leisten.

Die scharfe Stellungnahme des deutschen Vertreters gegen den verzögerten polnischen Bericht ist bekannt. Die erneute Verhandlung der deutsch-polnischen Angelegenheiten auf der Septembertagung des Rats könne nicht als ein deutscher Mißerfolg angesehen werden, vielmehr sei hervorzuheben, daß auch Henderson, der in dieser Frage den Ratsvorsitz führte, den polnischen Bericht als sehr unzulänglich kritisierte. Ebenfalls in der Behandlung der Danziger- und Memel-Angelegenheiten erblickt man gewisse Fortschritte in Richtung der deutschen Interessen.

In den Beratungen des Europa-Ausschusses

ist die deutsche Auffassung, die den Abschluß von Regionalverträgen gegen die von einer Zentrale ausgehenden wirtschaftlichen Zusammenfassung aller 27 europäischen Staaten bevorzugt, nochmals zum Ausdruck gebracht worden. Die deutsche Zustimmung zu dem Punkt 1 des französischen Gegenantrages, nämlich der Errichtung einer internationalen Agrarreditbank, sei erst gegeben, nachdem sich klar herausgestellt hatte, daß Frankreich in diesem internationalen Bankinstitut nicht die Hauptrolle spiele, sondern eine paritätische Besetzung durch alle an dem Projekt interessierten Mächte garantiert sei. Die von Frankreich vorgeschlagenen besonderen Vorteile für Österreich hätten bei den interessierten Staaten allgemeine Ablehnung gefunden.

In Regierungskreisen ist man der Auffassung, daß sich bis zum Herbst herausstellen wird, wie ungeeignet das französische Programm zur Sanierung Europas ist. Aus den ganzen Wirtschaftsverhandlungen dieses Sommers wird nichts herauskommen, was besser als die von Deutschland vorgeschlagenen regionalen Zollunionen sein kann.

Empfänge in der Reichskanzlei.

SPD-Führer bei Brüning.

Im Anschluß an die Kabinettsberatung empfing der Reichkanzler Dr. Brüning zunächst den Führer des Deutschen Landvolks, Reichstagsabgeordneten Dr. Geseke. Als dann fand die vorgesehene Aussprache mit den Vertretern der sozialdemokratischen Partei statt. Die sozialdemokratische Abordnung setzte sich zusammen aus dem Parteivorsitzenden Wels, dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion Dr. Breitscheid und den Reichstagsabgeordneten Dr. Herx und Aufhäuser, die ihm die Forderung der Fraktion auf sofortige Senkung der Getreidezölle zum Zwecke der Regulierung des Brotpreises vortrugen. Die Besprechung, in deren Verlauf auch andere Fragen berührt wurden, die unmittelbar vor den Regierungsberatungen über die Notverordnung und vor dem sozialdemokratischen Parteitag besonders interessieren, setzte sich bis in die Nachmittagsstunden fort.

Grund im Allgemeinmenschlichen auf der einen und in den „Berufsplagen“ und Arbeitschwierigkeiten auf der anderen Seite. Gott sei Dank ist im deutschen Lehrerstand, auch bei der „großen Masse“, viel mehr Idealismus vorhanden, als der Außenstehende weiß.

Die Behauptungen: „nur wenige Stunden am Tag arbeiten“ — d. h. auf deutsch, „im wesentlichen“ faulenzten — und dabei „ein sehr hohes Einkommen haben“, will ich nicht zurechtzücken. So etwas nennt man anderswo: „Demagogik“. Es geht mir um die Phrase: „Wenige, aber gute Lehrer erzielen bessere Ergebnisse als die große Masse“. Dieser Satz, der für den meist müden und abgearbeiteten Leser sofort einen Schein der Richtigkeit hat, ist ein überaus leichtfertiges Gerücht. Eben an ihm will ich zeigen, wie auch gebildete Leute, zu denen doch vermutlich der Verfasser gehört, oft etwas gedankenlos aussprechen, ja sogar drucken lassen, was in keiner Weise Sinn hat. Gewiß, das ist richtig: ein „guter Lehrer, der mit Lust und Liebe seinen Beruf ausübt, erzielt gute Ergebnisse“. Aber was soll heißen: „wenige, aber gute Lehrer“? Soll das heißen, daß die „große Masse“ der deutschen Lehrer nichts taugt oder soll es heißen, daß man die „große Masse“ heimlich und die Schüler den übrigbleibenden „wenigen, aber guten Lehrern“ anvertrauen soll und daß man dann „bessere Ergebnisse erzielt“?

Hierher gehören nun die anderen Sätze aus dem gen. Artikel, die lauten: „Das Bildungsniveau ist heute allgemein geringer als vor dem Kriege in den Volksschulen“, „trotz der ungeheuren Kosten, die dafür aufgewendet werden“, „Bessere Lehrerauswahl und schärfere Lehr- und Lerndisziplin würde alles ausgleichen, würde nachschießend noch bessere Ergebnisse erzielen, als das bisher trotz schwacher Klassen und zahlreicher Lehrer der Fall war. Der Schulapparat ist durchweg überbesetzt, überzählig und viel zu teuer.“

Stimmt das alles? Das von dem „geringeren Bildungsniveau“? Sicher nur ganz bedingt. Man hat über Leistungen im Schönschreiben und Rechtschreiben und anderen mehr technischen Dingen geklagt. Mit Recht. Durchweg ist aber hier bereits wieder eine Besserung eingetreten. Die mannigfachen Reformbewegungen auf dem schulischen und methodischen Gebiet, mit ihren revolutionären und einander widerstrebenden Tendenzen, die dem Lehrer der letzten zwei Jahrzehnte die Arbeit nur erschwerten — und nicht erleichterten — haben, beginnen, sich zu klären, zu läutern, zu ordnen. Es war so sehr alles im Methodischen und Pädagogischen im Fluß, daß man mitunter an all seiner Arbeit irre werden konnte. Die Schule wurde ebenso wenig wie die anderen menschlichen Einrichtungen von den Stürmen der Zeit in Ruhe gelassen. Der Glaube, daß mit Zerschlagung der äußeren Formen ein Neues von selbst sich bilde, hat einer vernünftigeren Einsicht wieder Platz gemacht. Weil man der geistigen Selbsttätigkeit und Beweglichkeit der Schüler mehr als bisher meinte beihilflich sein zu sollen, die Methoden dieser Hilfe jedoch noch durchaus unklar und unerprobt waren, mußte notwendig die Beachtung des mehr Mechanischen, Schematischen, Formellen — Schönschreiben, Kopfrechnen, Lesen — vorübergehend leiden. Die „große Masse“ der Lehrer ist aber einig in dem Bemühen, das gute Alte mit dem guten Neuen harmonisch zu vereinen und die „Leistungen der Schule“ nach besten Kräften zu erhöhen. Allerdings ist man entschieden abgerückt von der Großväterzeitenmethode des Angebens, Auswendiglernens und Abhörens. Man will durchaus die jungen Menschen zum eigenen, spekulativen und kritischen Denken erziehen. Man will dem Kind Freund und nicht Stodmeister sein.

Zimmerhin steht das Bildungsniveau in großer Gefahr, herabgebrückt zu werden. Diese Gefahr lauert aber bis jetzt nicht in den Schulhäusern, sondern auf den

Gassen und Plätzen der Stadt. Die politisch und ethisch unreine Atmosphäre außerhalb des Schulhauses wirkt in die Schule hinein. Die „große Masse“ der Lehrer wehrt sich mit erfreulichem Ernst gegen diese Atmosphäre. Es ist darum ein Unrecht, gewissen Interessenten das „Kreuzige ihn“ gedankenlos nachzuschreiben.

Ob jedes Amtsstädtlein von 4000 bis 5000 Einwohnern ein Gymnasium haben muß, ist eine Frage für sich. Ich spreche für die Volksschule. Jedenfalls lassen sich auch in dieser Frage recht klare Gründe für ein „Ja“ hertragen. Der Bewohner des flachen Landes wird anders urteilen als der fette Bürger der Stadt, der leicht meint, für den Landbewohner sei das, was ihm selbst unentbehrlich ist, überflüssig. Vom sozialen Standpunkt aus läßt sich sehr wohl die Ansicht vertreten, daß der Staat auch der Landbevölkerung die Möglichkeit höherer Bildung zu bieten habe und daß man in den Städten dafür mehr sieben soll.

Man hat das Wort von der „Verschulung Deutschlands“ geprägt. Es ist viel Wahres dran. Die Volksschullehrer fordern deswegen einen Ausbau der Volksschule und einen damit verbundenen Abbau der vielen sogenannten „fortbildenden“ Schulen. Der Drang nach der Hochschule rührt her von einer Ueberbewertung des geistigen Wissens und der hiermit verknüpften Geringschätzung des handwerklichen Könnens und — des religiös sittlichen Seins! Eine andere, verständigere Einstellung der Gesellschaft zum Wissen wird nur möglich durch neues Verständnis für den Wert des von einem bestimmten Beruf unabhängigen sittlichen Charakters und der schöpferischen Handwerksarbeit. Es ist doch so: die Industrie vernichtet das „ehrsame Handwerk“. Was bleibt, zu werden, übrig? Fabrikarbeiter, Büroangestellter, Händler, Studierende. Zwischen diesen fünf ist die Wahl. Ich sage es immer wieder: Der „Fortschritt der Technik“ bedeutet Untergang der Kultur.

Aber nun, was heißt das: „Bessere Lehrerauswahl“? Das soll doch heißen: Bessere Lehrer auswählen! Es gibt Kreise, die gefallen sich darin, von der „Halbbildung“ des Volksschullehrers zu höhnen und lehnen jede Gemeinschaft mit ihm ab. Dieselben Kreise wehren sich aber lieber gegen jede „bessere“ Ausbildung der Lehrer. Oder meint der Verfasser den „besseren“ Charakter? Das wird sehr schwer sein, solange das Lehrereisen abhängt außer dem Charakter von Können und Wissen und solange man viele Lehrer braucht. Man darf hier an die Theologenausbildung erinnern.

Allerdings meint ja der Verfasser des kritisierten Artikels, wir hätten zu viel Lehrer und zu schwache Klassen. Also: Klassen verstärken, Lehrer abbauen! Es gibt z. B. einige „Kriegsjahrgänge“, die beiden letzten sind jetzt im siebten und achten Schuljahr. Es sind die sogenannten „schwachen“ Jahrgänge. Sie umfassen an meinem Ort 20 bis 30 Schüler. Es sind aber teilweise zwei Jahrgänge kombiniert worden. Die Nachkriegsklassen zeigen 40 bis über 50 Schüler. Wer das Glück hatte, „schwache“ Klassen von 25 bis 30 Schülern zu führen, wird zeitweilig die Vorzüge und den Segen solcher „schwachen“ Klassen rühmen. Die Diszipliniertheiten wachsen mit der Klassengröße. Die Klasse verliert zur Gefügigkeit. Einer versteckt sich hinter dem andern; einer steckt den andern an — leider gewöhnlich nicht zum Guten! Der einzelne entschwindet aber auch dem Auge und der Aufsicht des Lehrers. Der Lehrer kann sich dem einzelnen nicht recht widmen. Eine Klasse von 50 braucht häufig doppelt so viel Zeit zur Erreichung eines Ziels als eine Klasse von 25. Jeder Lehrer weiß das. Aber Außenstehende wollen es nicht hören. Die Alten in unserm Dorf sagen manchmal: „Wir waren doch früher 60 und 70 in der Klasse, haben weniger Lehrer im Ort gehabt und auch etwas gelernt.“ Gut, ich bin damit ein-

verstanden, daß man wieder 60 und 70 in einen kleinen Saal stopft. Aber dann den Lehrplan abgebaut! Aber dann nichts als Lesen, Rechnen und Schreiben und ein bißchen was anderes verlangt! Aber dann die alte, von oben und vom Haus her wieder gebilligte Schulsucht mit dem Haselstock her! Anders wird's kaum gehen. Man rede jedoch dann nicht mehr von Fortschritt, von Psychologie, von Pädagogik. Dann kann man auch die Akademien abbauen und wieder intelligente Handwerker anstellen, die mit ihrem gesunden Menschenverstand das schon fertig bringen — wie früher auch. Dann kann man auch das „sehr hohe Einkommen“ beträchtlich kürzen und den Lehrer wieder zum Mehner machen. Wozu auch das gemeine Volk so geschickt machen? Man sieht ja, was dabei herauskommt!

Natürlich denkt man sich den Abbau der Bildungsstätten nur für die andern, für sich selbst und seine eigenen Kinder beansprucht man das Höchste! Nur abgebaut! Aber man wisse: es geschieht — wie überall — am verkehrten Ende! Will man wirklich die Kultur abbauen, dann besorge man es rasch und gründlich. Bei der Volksschule ist's dann sicher ein Argzulegen an die Wurzel des Baumes.

Es ist, als ob auf allen Gebieten die Teufel losgelassen wären: in der Schule, in der Wirtschaft, in der Politik. Unter der Flagge „Nationalisierung“ und „Fortschritt“ wird immer genau das Dummste getan, was zur Verwirrung der Lage getan werden kann.

Das ist mir ja klar: auch die beste Volksschule im Sinn moderner Schulmänner nützt zuletzt nichts, wenn unser Volk von Tag zu Tag mehr gottlos und sittlich halbsoll wird. Dasselbe gilt aber auch von einer guten leiblichen Gesundheit und von einem eigenen, schönen Sein. Und doch wird kein Vernünftiger deswegen Schule, Gesundheit und Wohnung „abbauen“ wollen.

Man sollte „Kultur“ nie abbauen wollen. Ich bin dafür, daß man sich für den Abbau der vielen Egoismen einsetze, denen entwachsen: Nationalismus, Kapitalismus, politische, ständische und kirchliche Sektiererei.

Selbstverwaltung und Sparsamkeit.

Von Dr. Volkmar Pöber, Berlin.

Wenn man die geniale Schöpfung der Selbstverwaltung des Freiherrn von Stein richtig verstehen will, tut man gut, den Schöpfer in seiner Zeit zu sehen. Deutschland lag am Boden. Wie die anderen großen Männer seiner Zeit erkannte Stein, daß ein Wiederaufstieg nur dann erfolgen könne, wenn im ganzen Volk wieder starke sittliche Kräfte lebendig würden. Diese in Gott und Volkstum begründeten Kräfte hielt Stein gerade auch für die Erneuerung des staats- und verwaltungs-politischen Lebens für unentbehrlich. Er war sich dessen bewußt, daß Staat und Verwaltung das Spiegelbild des Gemeinschaftslebens des Volkes sind.

Wenn die in den einzelnen Verwaltungszweigen zum Ausdruck kommenden staatspolitischen Aufgaben überhaupt gesehen und erkannt wurden, so nur von denen, die durch Stand, Name und Geburt bevorzugt waren. Dem Bürger und Landmann aber waren die großen Zusammenhänge der Volksgemeinschaft noch verschlossen. Er trug keine Verantwortung. Sein staatspolitischer Horizont blieb eng. Ihm fehlte das Bewußtsein und die Erfahrung schicksalsmäßiger Verbundenheit des Einzelnen mit der Gesamtheit und das Gefühl der Verpflichtung gegenüber seinem Volk.

Stein wußte, daß hier die Reform- und Erneuerungsarbeit einsetzen müsse. Er war zu der Ueberzeugung ge-

kommen, daß diese Erziehungsarbeit an den breiten Schichten des Volkes am besten dadurch erreicht werden könne, daß der Bürger zur Verantwortung herangeführt und durch Mitarbeit bei Erledigung der die Allgemeinheit berührenden Fragen die Volkswissensumfänge und Gemeinschaftsbindungen kennen lerne. — Für Stein war Selbstverwaltung gleich Selbstverantwortung. Selbstverwaltung ist für ihn nur dort, wo diese Arbeit nicht mit der Absicht persönlichen Vorteils getan wird. Für den Einzelnen sollte das sittliche Verantwortungsgefühl der Gemeinschaft gegenüber eine Pflicht und ein Ansporn sein, seine Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Stein gab damit sittliche Maßstäbe, die an jeden Einzelnen, wie an die Allgemeinheit, große Anforderungen stellten. Sie allein trugen aber die Möglichkeit in sich, das Volk staatspolitisch aufwärtszuführen. Stein wußte, daß sich der wahre Führer im Staat „emporarbeiten“ muß, wie es im volkshervorhebenden Manifest treffend gesagt ist.

Preußen, Deutschland war zu Steins Zeit arm und zu größter Sparsamkeit gezwungen. Dies kam Stein bei der Durchführung seiner Reformpläne zugute. Stein war kein Anhänger eines ausgedehnten Beamtenums. Er hat den Berufsbeamten jedoch nie abgelehnt, wenngleich er seinen Aufgabenkreis eng begrenzte. Der Beamte war ihm unentbehrlich für die Erledigung der Staatsgeschäfte. Er wußte aber gleichzeitig, daß man vom Bürger, der sich aus den von ihm geforderten Motiven zur Mitarbeit innerhalb der Organe der Selbstverwaltung bereit findet, auch Opfer verlangen kann. Stein verlangte dies sogar. Und indem er seinem Volk durch die Selbstverwaltung den Opfergedanken anerkennend, hielt er die Kräfte für die Verwaltung des preussischen Staates nicht nur in möglichen Grenzen, sondern machte den deutschen Bürger darüber hinaus dazu bereit, aus freiwilligem Antrieb seine Kräfte auch sonst noch in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Je mehr wir dem großen Gedanken des Reichsfreiherrn von Stein nachgehen, um so mehr wird uns gegenwärtig, wie tief unser deutsches Gemeinschaftsleben erschüttert ist und die „Selbstverwaltung“ sich in der Krise befindet. Der mit Opfern verbundene Dienstgedanke ist weithin verloren gegangen. Dafür ist das Stadtparlament vielfach der Ort parteipolitischer und privater Geschäfte geworden. Und Kräfte, die aus innerem Verantwortungsgefühl heraus freiwillig mitwirken wollen, werden zurückgedrängt oder zurückgewiesen.

Seitdem die Gemeinden immer stärker unter Finanznöten leiden und Sparsamkeit gefordert wird, tritt die oben gekennzeichnete Entwicklung in der Deutlichkeit mehr hervor. Es ist ein äußerer Anlaß, der diese geistige Krise der Selbstverwaltung in das Bewußtsein der Allgemeinheit treten läßt. Bestanden zwar zwischen Wirtschaft und Verwaltung seit jeher Reibungsflächen, so zeigt der finanzielle Zusammenbruch öffentlicher Unternehmungen jetzt in aller Deutlichkeit, wie abwegig die Entwicklung seit 1918 gegangen ist.

Noch drastischer tritt die Krise auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege zutage. Alle Liebestätigkeit und Wohlfahrtspflege hat ihren Ursprung in privater Initiative. Der Staat griff später ein, förderte und ist jetzt in besonderem Maße dazu berufen, durch soziale Gesetzgebung sozialen Notstände vorzubeugen und den großen Massen nützen entgegenzutreten. Hier versagt die Hilfe des Einzelnen. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die freie Liebestätigkeit nun überflüssig geworden ist. Im Gegenteil, die Nachkriegsgesetze (Fürsorgepflichtverordnung und Reichsjugendwohlfahrtsgesetz) sagen ausdrücklich, daß Einrichtungen öffentlicher Art nur da ins Leben gerufen werden sollen, wo die Arbeit der freien Liebestätigkeit noch nicht ausreicht. Diesen Standpunkt vertrat vor kurz-

Der Brief eines nach Sibirien Verschiedenen.

T. . . 19. März 1931.

Seit wir hier im Walde sind, haben wir keinen Ruhetag mehr, nur jeden 1. und 15. des Monats erhält man Lebensmittel für seine Arbeit und macht es dann möglich, zu Hause zu bleiben. So ging es uns gestern: es hieß, wir sollten Produkte bekommen (aus dem 15. ist natürlich schon längst der 18. und heute der 19. geworden und noch haben wir nichts), da blieben wir beide mit meiner jüngeren Schwester zu Hause. Aber ruhig kann man doch nie zu Hause sein: weil eben niemand Ruhetag haben darf, so streift unser Oberster die Baracken ab, kehrt bald da, bald dort ein und treibt alle Arbeitsfähigen und -unfähigen vielfach auf Arbeit. So sitzt man eben in ständiger Angst. Heute ist nun K. auf Arbeit gegangen. Wir haben vorgestern 6 Bäume geworfen, von denen soll sie nun die Äste abhacken und verbrennen, da hat sie dann allein genug daran zu tun, bis ich komme und wir zusammen sie zerfagen können. Ich bin zu Hause geblieben und laufe alle paar Stunden in die Vorratsbaracke, die zum Glück nicht weit ist, und obgleich es schon mittag ist, so ist sie noch immer geschlossen. So wird es wohl abend werden, bis wir endlich unsere Produkte erhalten. Diesmal ist's auffallend viel, was wir kriegen sollen. Jede von uns auf den halben Monat: 5 Kilo und 400 Gr. Mehl (diesmal soll es Gerstenmehl sein), 5 Kilo Sauerkraut und 750 Gr. Grütze und 100 Gr. Zucker. Auf Mutter haben wir bis jetzt als für eine Arbeitsunfähige 3 Kilo Mehl auf den halben Monat bekommen, jetzt soll das aber scheitern auch aufhören. Es heißt, niemand der Arbeitsunfähigen solle mehr etwas kriegen, nun wir hoffen aber doch noch. So viele Verschiedene um uns herum hungern. Denk nur z. B., wenn in einer Familie 4 Effer auf einen Arbeiter sind, und der nur 4—5 Kilo Mehl auf den halben Monat kriegt und nun Effer nichts mehr kriegen. Ja wovon sollen solche Menschen leben? Bis jetzt gab es immer noch Fische, jetzt sind auch die nicht mehr. Da gaben sie uns nun als besondere Auszeichnung gestorene Kuhmägen heraus; auf 2 Familien einen. Die

Schweinefleisch ist ja groß, bis man so ein Ding von allem Mist usw. gepunkt hat und sich Suppe kochen kann, und doch schmeckt sich jeder glücklich, der so ein Ding für 5—10 Rubel hat kaufen können. Denn es klebt doch immer etwas Fett dran und man kann eine kräftige Suppe davon kochen, weil die Menschen doch hier vollständig ohne Fett leben. Seit dem vorigen Frühling sollen sie nur ein mal Öl herausbekommen haben.

Die letzte Zeit war wieder mal recht abwechslungsreich. So hatte Mutter, gerade als wir beide auf der Arbeit waren, sehr unerwarteten Besuch, der sehr lebhaftes Interesse an unsern Sachen bewies und so herzlich von ihr schied, daß er sich einige Sachen, darunter Vaters Taschenkompas, zum Andenken mitnahm. Jedoch das größte Interesse wandte er unseren Lebensmitteln zu. 2 Tage wurden sie wohl verwahrt unter Schloß und Riegel gehalten und wir durften sie bloß ansehen, nicht anrühren. Der Grund für alle Aufregung war hauptsächlich der, daß wir noch etwas mehr Vorräte hatten, da wir uns noch beizeiten etwas vorgesorgt hatten, während die meisten anderen Menschen hier fast nichts mehr haben. Gott sei Dank, nun haben wir wieder alles zurückkriegen können und können uns wieder satt essen. Ja es ist wunderbar, wie bei uns das Wort eingetroffen ist: „es ist umsonst, daß ihr frühe aufsteht und hernach lange sitzt und euer Brot mit Tränen esset, denn seinen Freunden gibt er es schlafend!“ „Sorget nichts (für heute), euer himmlischer Vater weiß, daß ihr das alles bedürft, ehe denn ihr ihn darum bittet!“ Weißt Du, auf so wunderbare Weise bekommen wir immer wieder mal Lebensmittel.

Du bestest, ich solle Dir unseren Tag beschreiben: eigentlich ist das nicht schwer, denn die Tage sind beinahe alle gleich, einer wie der andere.

Also morgens, es ist noch dämmerig, steht man auf. Jede der 6 Familien in unserem kleinen Raum stellt seine Kasserolle auf den kleinen eisernen Herd, und ehe man sich versieht, sitzen schon alle in ihren Ecken und essen Frühstück. Man sitzt dabei im Kreise auf den Pritschen, die einen die Füße untergeschlagen, die anderen herunter-

hängend, und in der Mitte steht die Schüssel, und daneben die Menschenfüße! Appetitlich, nicht wahr? Morgens essen wir gewöhnlich Suppe von Hafermehl und Wasser, und jedes bekommt etwas Brot dazu.

Dann ziehen wir uns an: 2 paar Strümpfe, Fußlappen und Filztüfel, der Schnee ist ja so schrecklich hoch, bis zum Knie vielfach, das macht einen so schrecklich müde beim Gehen. Da niemand eine Uhr hat, weiß man nicht, wieviel es ist, ich denke 7 Uhr ungefähr. Eine halbe Stunde gehen wir, dann sind wir mitten in dem tiefsten Walde, wo jede Kompanie ihren Holzplatz hat, wo sie arbeiten darf. Da steht du nun vor diesen mächtigen Bäumen, die noch niemand bis jetzt berührt hat, und dabei fühlt man sich so ohnmächtig, so winzig klein vor diesen Riesen! Das ist ein eignes Gefühl! Ob Du weißt, daß wir mit meiner Schwester K. jetzt allein arbeiten? Erst waren wir 2 Wochen in einer Kompanie mit 2 Jungen, da lernten wir wenigstens etwas mit Säge und Beil umzugehen. Da wir aber ganz ungeübte Arbeiter sind, so hatten die durch uns nur Aufseht, und so beschlossen wir lieber allein zu gehen.

Ja, so stehen wir nun, ich mit der Säge, K. mit dem Beil. Das erste ist, daß wir nun anfangen, Bäume zu schmeißen; zuweilen 8 oder 10 oder 15, wie es kommt. Das ist das Aufregendste an der Sache, den Baum so zu dirigieren, daß er auch richtig dahin fällt, wo man ihn will. Dann muß man alle Äste abhacken und verbrennen. Bis jetzt brannten sie kein, und es sah großartig aus, die brennenden Asthaufen, aber jetzt merkt man doch sehr, daß der Frühling kommt. Die Bäume sind alle voll frischem Saft, da wollen die Äste schlecht brennen. Wenn alle Äste abgehackt und verbrannt sind, beginnt das Sägen. Alle Bäume müssen in 1,25 Meter lange Stücke zerlegt werden, die dann schön wie Zündhölzer aufgeschichtet werden bis zu 1,45 Meter Höhe. Und solch ein Würfel — 1,25 Meter breit und 1,45 Meter hoch — wird als 2 Kubikmeter gerechnet.

Auf jeden Arbeiter, d. h. von unseren Leidensgenossen, ist eine Norm gelegt, die er unbedingt täglich ausfüllen

gem erneut an schrift zur Sparkommission Denkdriften. nach der Institutionen gungshome u Rationalisierung samkeit in k waren es we die unter Au meindeparlam schufen, um d Bedarf — it (besonders an

In dieser Gesichtspunkt Denkdrift d Pflege erwäh der deutschen Wirtschaft jä spart und dak weitere Ersp 60 Millionen Beispiele aus f o r g e r z i erziehungshel öffentlichen durchschnit freien Erzieh det dagegen pro Kopf und pro Zögling d. h. beinahe der durchschn Erziehungshe Stadt Berlin pro Zögling „Die amtlich April 1930 k einer städtisc Reichsmark über einem ihre für die führung erli dem augen schon fast Jahr. Würd ten verzichte ken und die so ergäbe j jährlich etw „Die Krank freien Krank lin z. B. wärtig 7, ist, so entfi ren Unkosten Krankenhau pro Tag. W also noch u Deckung der

Wir sind waltung un Wohlfahrtspe die Krise d robe auf die macht werde liche Sparrn dieser Kräf und zeigt

Wir arbe jetzt sich all heraus, spie Da laut es herrlich. Z nicht mehr. man denkt, arbeit wäre Ja weißt D Stündlich k bleibt. In Frau erschl wir stehen j und Trost.

Zu Hau alle Arbeit hocht haben b e s t e n W immer noch sehr bald k Mutter ein wir singen ren und m

den breiten
erreicht werden
herangeführt
Allgemeinheit
hänge und Ge-
für Stein war
ung. Selbstver-
arbeit nicht mit
wird. Für den
ungsgefühl der
ein Ansporn
Allgemeinheit zu
e, die an jeden
he Anforderung
Möglichkeit in
zuführen. Stein
aat „empordie-
Manifest tref-
Zeit arm und
kam Stein bei
ute. Stein war
entumtum. Er
hnt, wenngleich
er Beamte war
Staatsgeschäfte
Bürger, der sich
Mitarbeit in-
g bereit findet,
igte dies sogar.
Selbstverwaltung
Kosten für die
nur in mögli-
Bürger dar-
Antrieb seine
Allgemeinheit zu
des Reichsrei-
wird uns gegen-
schaftsleben er-
ch in der Krisis
einstigedanke ist
as Stadtparla-
d privater Ge-
nerem Verant-
n wollen, wer-
unter Finanz-
wird, tritt die
Oeffentlichkeit
er diese geistige
hsein der All-
zwischen Wirt-
ungsflächen, so
entlicher Unter-
erte abwegig die
em Gebiet der
heit und Wohl-
Initiative.
ist jetzt in be-
e Gesetzgebung
großen Maß-
die Hilfe des
n, daß die freie
ist. Im Gegen-
erordnung und
drücklich, daß
Leben gerufen
Liebestätigkeit
ertrat vor kur-
l, und daneben
r?! Morgens
l und Wasser,
impfe, Fußlap-
t ja so schreck-
inen so schreck-
Uhr hat, weiß
Uhr ungefähr
n sind wir
jede Kom-
arbeiten darf.
igen Bäumen,
hat, und da-
nig klein vor
Ob Du weißt,
lein arbeiten?
mpagne mit 2
mit Säge und
eibte Arbeiter
alt, und so be-
e, R. mit dem
en, Bäume zu
wie es kommt.
n Baum so zu
wo man ihn
und verbren-
sch großartig
merkt man doch
e sind alle voll
ennen. Wenn
beginnt das
lange Stüde
dhölzer auf-
Und solch ein
r hoch — wird
eidensgenossen,
giglich ausfüllen

gem erneut auch der Deutsche Städtetag in seiner Denkschrift zur Frage der Sparmaßnahmen und der Reichs-sparkommission in seinen bisher von ihm herausgegebenen Denkschriften. Dessen ungeachtet wurden in Deutschland nach der Inflation vielfach mit öffentlichen Mitteln Institutionen geschaffen (Fürsorge-, Erziehungs-, Erholungsheime usw.), bei denen die vom Gesetzgeber gewollte Rationalisierung und die so dringend notwendige Spar-samkeit in keiner Weise berücksichtigt wurden. Meist waren es weltanschaulich radikale (marginalistische) Kräfte, die unter Ausnutzung ihrer politischen Mehrheit im Ge-meindeparlament mit öffentlichen Mitteln Einrichtungen schufen, um damit — ohne Rücksicht auf den vorhandenen Bedarf — ihre politischen und weltanschaulichen Ziele (besonders an der Jugend) verstärkt verfolgen zu können.

In diesem Zusammenhang müssen wir eine unter dem Gesichtspunkt der Sparmaßnahmen kürzlich erschienene Denkschrift der Deutschen Liga der freien Wohlfahrts-pflege erwähnen. Darin heißt es, daß die Anstaltsarbeit der deutschen freien Wohlfahrtspflege der öffentlichen Wirtschaft jährlich mindestens 250 Millionen Mark erspart und daß auf dem Gebiete der geschlossenen Fürsorge weitere Ersparnismöglichkeiten von jährlich mindestens 60 Millionen Mark gegeben sind. Nachstehend noch einige Beispiele aus dieser sehr lehrreichen Denkschrift. Fürsorgeerziehung: „Für jeden in einem Provinzial-erziehungsheim untergebrachten Zögling entstehen der öffentlichen Wohlfahrtspflege im preussischen Landes-durchschnitt pro Tag 4,85 RM Selbstkosten; für die in freien Erziehungsheimen untergebrachten Zöglinge wen-det dagegen die öffentl. Wohlfahrtspflege nur 2,78 RM pro Kopf und Tag auf. Die freie Wohlfahrtspflege ist also pro Zögling täglich 2,07 RM, im Jahre 756 RM billiger, d. h. beinahe um die Hälfte. — In Berlin z. B. betrug der durchschnittliche Selbstkostenpreis in sechs städtischen Erziehungsheimen 6,47 RM. Den freien Heimen zahlt die Stadt Berlin im Durchschnitt zur gleichen Zeit 2,38 RM pro Zögling und Tag.“ Kindertagesstätten: „Die amtliche Aufstellung des Berliner Magistrats vom April 1930 kommt zu dem Ergebnis, daß jedes Kind in einer städtischen Tagesstätte täglich 0,66, im Jahre 243,31 Reichsmark öffentliche Mehrkosten erfordert gegen-über einem Kind in einer freien Tagesstätte. Durch ihre für die öffentlichen Finanzen billigere Wirtschaft-sführung ersparen die privaten Kindertagesstätten nach dem augenblicklichen Stand der Stadt Berlin schon fast vier Millionen Reichsmark im Jahr. Würde die Stadt überhaupt auf eigene Tagesstät-ten verzichten, alle Kinder in private Einrichtungen schi-ken und diese nach den bisherigen Sätzen bezuschussen, so ergäbe sich eine weitere Ersparnismöglichkeit von jährlich etwa 830 000 RM.“ Krankenkassen: „Die Krankenkassen gewähren für die öffentlichen und freien Krankenhäuser die gleichen Pflegesätze. In Ber-lin z. B. beträgt der normale Krankenkassensatz gegen-wärtig 7.— RM. Liegt der Kranke in einer freien An-stalt, so entstehen den öffentlichen Finanzen keine weite-ren Unkosten. Der Selbstkostenpreis in einem städtischen Krankenhaus beläuft sich aber auf 12.— bis 13.— RM pro Tag. Außer den 7.— RM der Krankenkasse müssen also noch ungefähr 5,50 RM aus dem Gemeindefiskus zur Deckung der Unkosten hinzugezahlt werden.“

Wir sind bei der Behandlung der Frage: „Selbstver-waltung und Sparsamkeit“ mit gutem Grunde bei der Wohlfahrtspflege stehen geblieben; denn gerade hier tritt die Krise der Selbstverwaltung deutlich zutage, da ge-rade auf diesem Gebiet Werte eingesetzt und mobil ge-macht werden können, die sich dem Staate als beträch-tliche Sparmaßnahmen erweisen. Das Zurückdrängen dieser Kräfte bedeutet Verzicht auf Sparmöglichkeiten und zeigt zum anderen, daß der große Gedanke der

soil, und zwar so: die Minderjährigen, d. h. bis 14 Jah-ren und darunter (von 10 und 12 Jahren an), 1 Kubik-meter, dann weiter bis 2 Kubikmeter und alle volljähri-gen Arbeiter, also alle starken Männer und auch Frauen von 18—50 Jahren, ob stark oder schwach, gelibt oder nicht, gesund oder krank, müssen 4 Kubikmeter täglich machen. Das ist aber eine Norm, die niemand bis jetzt ausgefüllt hat, besonders solche, wie unsere Lebensge-nossen, die doch alle sehr entkräftet sind durch zu schwere Arbeit und ständige Unterernährung. Auch wir müssen zusammen 8 Kubikmeter täglich machen; wenn wir flei-ßig sind, kriegen wir mit Mühe 2 Kubikmeter gemacht. Für jeden Kubikmeter bekommt man 300 Gr. Mehl. Für einen Kubikmeter bezahlt man uns 45 Ropken, davon werden natürlich noch die Hälfte abgezogen als Prozente.

Wir arbeiten bis wir meinen, daß es Mittag sei, dann setzt sich alles ans Feuer, jeder nimmt sein Stück Brot heraus, spießt es auf ein Stöckchen und hält es ins Feuer. Da laut es auf und wird von außen knusprig und schmeckt herrlich. Früher gab man uns noch Fisch, jetzt schon lange nicht mehr. Nach dem Mittag geht die Arbeit fort, bis man denkt, daß es Zeit sei heimzugehen. Die Wald-arbeit wäre nicht so schlimm, nur so gefährlich ist's oft. Ja weißt Du, da steht man täglich dem Tode gegenüber. Stündlich kann es passieren, daß man draußen liegen bleibt. In kurzer Zeit sind nun 2 Mädchen und eine Frau erschlagen worden beim Fällen der Bäume. Aber wir stehen ja in Gottes Hand und das ist ein großer Schutz und Trost. Da wird man ganz ruhig und getrost.

Zu Hause ist es abends ganz schrecklich eng, da ja alle Arbeiter da sind und alle schnell ihr Essen fertig ge-macht haben wollen, und bald sitzen wieder alle an der besten Beschäftigung — am Essen. Nach dem Essen ist immer noch was zum Glicken und zum Stopfen da, und sehr bald kriecht alles auf den Sack. Vorher noch liest Mutter eine Andacht oder ein Kapitel aus der Bibel und wir singen alle ein Lied. So geht ein Tag um den ande-ren und man merkt kaum, wie die Zeit fliegt.

Schluß folgt.

Selbstverwaltung in den letzten Jahren oft in das Gegen-teil dessen verwandelt wurde, was der Schöpfer einst da-mit erreichen wollte. Die Entwicklung der Wohlfahrts-pflege in der nächsten Zeit wird ein besonders gutes Ba-

rometer dafür sein, wie weit die richtig verstandene Selbstverwaltung wieder lebendig wird und den noch vorhandenen Apparat wieder mit dem Dienstgedanken des Freiherrn vom Stein erfüllt.

Koloniale Freiheit!

Die Deutsche Kolonialgesellschaft veröffentlicht zu ihrer diesjährigen Frühjahrstagung, die vom 28. bis 30. Mai in Berlin stattfindet, einen Bericht über ihre Arbeiten im Jahre 1930, dem wir den nachfolgenden Abschnitt entnehmen.

Will man das koloniale Ergebnis des Jahres 1930 auf eine kurze Formel bringen, so kann man sagen, daß das Jahr uns zwar keinen Ausweg aus der bisherigen kolonial-politischen Stagnation gebracht hat, doch aber eine Er-stärkung des kolonialen Willens im Volke, die günstigeren Ausblicken auf eine baldige Erfüllung unserer ko-lonialen Forderungen eröffnet, als es noch zu Anfang des Jahres schien.

Das politische Geschehen des Jahres 1930 gliedert sich in vier große Etappen, deren erste mit der vorläufigen Lö-sung der Reparationsfrage durch den Youngplan und der Befreiung der Rheinlande einen langwierigen und schweren außenpolitischen Kampf der Reichsregierung zum Abschluß brachte. Vergeblich haben sich die Deutsche Kolonialge-sellschaft und die Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft bemüht, ihrer Auffassung Geltung zu verschaffen, daß der Abschluß eines neuen Reparationsabkommens, das das deutsche Volk auf Jahrzehnte zu gewaltigen finanziellen Leistungen verpflichten sollte, die Erfüllung der kolonialen Notwendig-keiten zur Voraussetzung habe, wie sie von der deutschen Sachverständigen-Kommission in Paris in ihrem Gutachten eindeutig und einwandfrei formuliert waren.

Die zweite Etappe deutscher Politik im Jahre 1930, charakterisiert durch die Bildung des Brüning-Kabi-netts und durch das Hindenburg-Programm einer Gesundung unserer Finanzen und einer Belebung der gesamten Wirtschaft, gab uns nur insoweit die Möglichkeit, unse-ren kolonialen Forderungen Gehör zu verschaffen, als in verschiedenen Erklärungen der Reichsregierung die Notwen-digkeit einer Gesamt-Liquidation des Krieges betont und in einer Entschließung des Reichstags vom Zentrum bis zu den Sozialdemokraten die Forderung erhoben wurde, daß in den zukünftigen internationalen Beziehungen „Raum für die Anerkennung der noch nicht befriedigten Lebensnot-wendigkeiten Deutschlands“ geschaffen werden müsse. Wir erinnerten die Reichsregierung und die Parteien daran, daß eine Gesamt-Liquidation des Krieges und eine Befrie-digung der Lebensnotwendigkeiten Deutschlands nicht ohne Erfüllung unserer kolonialen Notwendigkeiten möglich sei.

Immer vernehmbarer erhob sich bereits in dieser Pe-riode unserer Politik der Ruf nach einer Revision der Friedensverträge nicht nur von deutscher Seite; auch von Seiten Italiens, dessen nationale Ansprüche auf kolonialem Gebiete ein taktisches Zusammengehen mit Deutschland mög-lich erscheinen ließen.

Evangelische Tagung der D. N. B. P.

Unter sehr zahlreicher Beteiligung fand in Bielefeld eine evangelische Landesversammlung der Deutschnationalen Volkspartei für Westfalen-Ost statt, die von dem stellver-tretenden Vorsitzenden des deutschnationalen Landesver-bandes, Amtsgeschäftsrat Dr. Seppel-Gittersloh, geleitet wurde. Der stellvertretende Vorsitzende der deutschnationalen Landtagsfraktion, Abg. Sup. D. Koch-Degnhäusen, Präses der Westfälischen Provinzial-Synode, referierte eingehend über den Inhalt des Staatsvertrages mit der evangelischen Kirche, der in den nächsten Wochen im Staatsrat und Landtag endgültig verabschiedet werden soll. Während manche Bestimmungen des Staatsvertrages sowohl im Interesse der Kirche wie des Staates zu begrüßen seien, begegnete vor allem die sog. politische Klausel vielfach Bedenken. Hiernach könne der Staat ge-gen die Berufung der Generalsuperintendenten und des Präses des Oberkirchenrats Einspruch erheben, wenn gegen diese vom staatlichen Standpunkt aus politische Be-denken geltend gemacht würden. Der angestrebte Rechts-schutz gegen diese Bestimmung, der in einem obligatorischen Schiedsgericht bestehen sollte, sei nicht in vollem Umfange erzielt worden. Von erheblicher Bedeutung für die Kirche sei es, daß nach dem Staatsvertrag die Be-setzung der fiskalischen Patronatsstellen fast ausnahmslos durch die kirchlichen Instanzen zu erfolgen habe. Mit dem Staatsvertrag würde die evang. Kirche in Preußen aus einer einfachen Körperschaft des öffentlichen Rechts — einer Eigenschaft, die die Kirchen heute mit mancher-lei anderen Vereinigungen teilen — zur vertragsgesicher-ten autonomen Trennungskirche. Die acht evangelischen Landeskirchen in Preußen haben deshalb dem Abschluß des Staatsvertrages trotz mancher Bedenken förmlich ihre Zustimmung gegeben. In der anschließenden regen Aus-sprache wurden auch Paritätsfragen erörtert, wobei vor allem gegen den Zentrumsantrag im Preussischen Land-tag allseitig mit Nachdruck Stellung genommen wurde, bei einer Benachteiligung der evangelischen Beamtenschaft bei der Stellenbesetzung und Beförderung fordert.

Rasche Entschlüsse.

Das Gebot der Stunde.

Aus der Antwort des Reichszanklers an den Beam-tenbund und an die Vertreter der Sozialdemokratie geht hervor, daß eine Entscheidung über die neuen Sanierungs-maßnahmen noch nicht gefallen ist. Ueber den Inhalt der angekündigten Notverordnung ist man lediglich auf Ge-rüchte angewiesen. Weder die Beamten noch die übrigen Berufsgruppen wissen, in welcher Form das Reich ihnen Geld abnehmen wird, sie wissen nur, daß sie neue Opfer bringen müssen. Je länger diese Unsicherheit dauert und je länger die Notverordnung auf sich warten läßt, um

Die Neuwahlen zum Reichstag stellten die dritte Etappe in dem politischen Geschehen des Jahres 1930 dar. Sie standen unter dem Eindruck der tiefen Unzufriedenheit weiter Kreise des deutschen Volkes mit den bisherigen Er-gebnissen der Reichspolitik.

Auf der Tagung der Deutschen Kolonialgesellschaft in Hannover hat der Präsident, Gouverneur Dr. Seiß, die Forderung erhoben, daß mit der Politik des Abwartens auf kolonialem Gebiete nunmehr endlich Schluß gemacht werde, und daß von der zukünftigen Reichsregierung auch auf kolonialpolitischem Gebiete ein neuer Kurs erwartet werden müsse. Die Deutsche Kolonialgesellschaft wandte sich daher mit einem Appell an alle Parteien des Reichs-tages, nach Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit für eine entschiedene Kolonialpolitik einzutreten und im Reichskabinett in diesem Sinne zu wirken. Die Antworten der Parteien, lauteten durchaus im Sinne unserer Forde-rung und schienen zu dem Optimismus zu berechtigen, daß nunmehr die Parteien den schweren Schritt von der ko-lonialen Einsicht zum kolonialpolitischen Handeln zu ma-chen bereit seien.

In die vierte Etappe deutscher Politik, charakterisiert durch den Versuch einer durchgreifenden Sanierung der deutschen Finanzen angesichts der bedrohlichen Wirtschaft-slage, fiel die vom Arbeitsausschuß deutscher Verbände und der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft eingeleitete große Aktion der Wirtschafts- und Berufsverbände gegen die eng-lischen Ostafrika-Pläne, eine Bewegung, die weit über die verhältnismäßig engen Grenzen der organisierten koloni-alen Bewegung hinaus die Mehrheit des deutschen Volkes erfaßte und ein weithin sichtbares Zeichen dafür war, daß der koloniale Wille in Deutschland im entscheidenden Augen-blick eine breite Kampffront zu schaffen fähig ist. Nach allen Misserfolgen unserer Versuche, die Regierung zu einer Akti-vität auf kolonialen Gebiete zu bestimmen, darf doch diese Tatsache hoffnungsvoll stimmen, daß noch niemals seit dem Kriege das koloniale Verständnis in der großen Öffentlich-keit so lebhaft war, und der koloniale Wille großer Par-teien und Verbände so deutlich Ausdruck gefunden hat.

Der von Jahr zu Jahr wachsende Wille der Nation zur Befreiung von den Fesseln des Versailler Vertrages wird schließlich auch die Reichsregierung bestimmen, aus ihrer bisherigen kolonialen Reserve herauszutreten und mit den anderen großen Aufgaben einer Revision der untrag-baren Bestimmungen des Friedensvertrages auch unsere ko-loniale Forderung in den Mittelpunkt ihrer Außenpolitik zu stellen.

so kritischer und gespannter wird die innerpolitische Stim-mung. Die Reichsregierung wird daher

Schnelle und gründliche Entschlüsse

fassen müssen, wenn sie sich die ihr ohnehin bevorstehenden Konflikte nicht noch unnötig verschärfen will. Das wäre schon im Hinblick auf die bevorstehende Reise nach Che-quers, bedenklich. Denn kritische parteipolitische Ause-anderlegungen, die geeignet sind, die Autorität der Regie-rung Brüning zu untergraben, kann man in diesem Augen-blick weniger brauchen als je.

Das Ausland sieht schon an den rigorosen Sparmaß-nahmen, zu denen die Regierung greift, wie unmöglich die Aufbringung der Reparationslast für das deutsche Volk ist und wie die ganzen Verhältnisse nach einer Revision schreien. Nach unseren Informationen ist der Reichszan-ker — trotz der gewissen Bedenken des Auswärtigen Am-tes — fest entschlossen, in Chequers die Revisionsfrage anzuschneiden und darzulegen, daß uns mit Anleihen selbst dann nicht geholfen werden kann, wenn sie produktiver an-gelegt und uns billiger und langfristiger gegeben werden, als bisher.

Der englische Versuchsbau, uns erst einmal durch eine Zwei-Milliarden-Anleihe zu beruhigen, hat deshalb in Berlin wenig Gegenliebe gefunden, noch weniger, als man nach den Vorschlägen der Brauns-Kom-mission, durch Auslandskredite die Wirtschaft anzufurbeln, eigentlich hätte erwarten dürfen. Auslandsanleihen hatten jetzt nur einen Zweck, wenn sie unter der ausdrücklichen Versicherung gegeben werden, daß sie kein Hemmnis für eine grundsätzliche Bänderung des Systems sein werden, das uns auferlegt, Reparationen auf Pump zu zahlen. Man spricht jetzt in internationalen Finanzkreisen, die nicht ohne Einfluß auf die Regierungen sind, viel von einem

„Reparationsfeierjahr“.

In diesem Jahr würde Deutschland, im Gegensatz zum Youngmoratorium, das ihm keine wesentlichen finanziellen Vorteile bringt, überhaupt keine Zahlungen auf Repara-tionskonto leisten, und eine internationale Kreditaktion (z. B. die Zwei-Milliarden-Anleihe) sollte den Ländern darüber hinweghelfen, das ihnen aus dem Fortfall ihres Anteils aus den deutschen Annuitäten Etatschwierigkeiten entstehen.

Aber auch eine solche Regelung hätte nur dann Zweck, wenn dieses Reparationsfeierjahr dazu benutzte würde, einmal eine rein rechnerische unpolitische Re-vision des Youngplanes vorzunehmen.

Das Revisionsgespräch wird noch in diesem Jahre beginnen, und auch wenn die Regierungen von Berlin und London das Programm von Chequers mit einem un-durchdringlichen Geheimnis umgeben: es wird in Chequers beginnen. Es sollen dort, wie von unter-richteter Seite mitgeteilt wird, alle Probleme behan-delt werden, die die deutsche und die englische Politik inter-essieren, so die Reparationsfrage, die Abrechnungsfrage, die Beziehungen zu Frankreich, der Zollabbau usw.

— Der französische Außenminister Briand hat „auf Drängen seiner Ministerkollegen“ sein Rücktrittsgesuch zurück-gezogen.

Beamtenprotest gegen Sonderbelastungen.

Berlin, 27. Mai. Die Protestkundgebung gegen die drohende weitere Gehalts- und Lohnkürzung, die der Deutsche Beamtenbund am Mittwochabend im Sportpalast abhielt, war von etwa 12.000 Personen besucht.

Zum Schluß wurde unter lebhaftem Beifall einstimmig eine Entschließung angenommen; in der es u. a. heißt: „12.000 im Sportpalast zu Berlin versammelte Beamte aus allen Teilen des Reichs nehmen mit Enttäuschung davon Kenntnis, daß im Rahmen der wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung wiederum eine Sonderbelastung der Beamten beabsichtigt wird. Sie betonen, daß die bereits vorgenommene Belastung die wirtschaftliche Lage der Beamten sehr erschüttert hat.“

Jetzt, wo Forderungen nach einer erheblichen Gehaltskürzung verstärkt auftreten, sei mit aller Deutlichkeit gesagt, daß eine Gehaltskürzung sowohl wie auch jede andere Sonderbelastung für die Beamten unerträglich ist. Jeder Glaube an Recht und Gerechtigkeit geht dadurch verloren. Mit wachsender Besorgnis ist festzustellen, wie die Radikalisierung weiter Volkschichten auf die Beamten übergrift. Staatsverdrossenheit gewinnt in einer Zeit an Boden, in der der Staat mehr als je die Eingabe seiner Beamten braucht. Reichsregierung und alle Verantwortlichen sollten diese Zeichen der Zeit verstehen.

Die neuesten Vorstöße, die sich nicht nur gegen das Gehalt, sondern unbegreiflicher Weise auch gegen die sozialen Zuschläge richten, lösen heftige Empörung aus. Die Beamenschaft versteht derartige Maßnahmen um so weniger, als die Preissenkungsaktion in keiner Weise die angekündigte Entlastung gebracht hat.

Die Beamenschaft hat sich noch niemals einer allgemeinen Hilfsmassnahme zur Beseitigung öffentlicher Notstände verschlossen. Einmütig und geschlossen aber wehrt sie sich gegen die neuen Pläne. Außerdem ist die Beamenschaft der Auffassung, daß in Zeiten einer solchen allgemeinen Volksnot politische Zahlungen nicht geleistet werden können.

Bereint mit ihren Führern aus dem ganzen Reich machen die Versammelten alle Verantwortlichen im Staate darauf aufmerksam, daß die Geduld der Beamten einer weiteren Belastungsprobe nicht mehr standhält. Arbeitsfreude erlahmt, die Staatsverdrossenheit wächst, der Volksstaat gerät in Gefahr. — Niemand überhöre unseren Warnungsruf!

Brünnings Antwort an die SPD.

Kabinettsbeschlüsse noch nicht gefaßt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veröffentlicht eine längere Mitteilung über die Besprechung ihrer Vertreter mit dem Reichskanzler. Nach den Vorstellungen der sozialdemokratischen Führer habe Dr. Brüning die tatsächliche Finanzlage des Reichs, deren Entwicklung unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise ungünstiger sei, als man im Vorjahre hätte annehmen können. Die Reichsregierung strebe nach einer Lösung der Finanzschwierigkeiten, die verhindern, daß die sozialen Einrichtungen wegen Mangels an Mitteln zusammenbrechen. Bisher seien irgendwelche Beschlüsse des Reichskabinetts noch nicht gefaßt worden; es hätten bisher nur Besprechungen in einem Ausschuß des Kabinetts stattgefunden, und diese Besprechungen seien noch nicht abgeschlossen.

Die Einzelmaßnahmen müßten nach Meinung der Regierung so gestaltet werden, daß sie von den Massen des Volkes als erträglich angesehen werden könnten. Was besonders die Brotpreise angehe, so hatte die Reichsregierung ihre Senkung in kürzester Frist für unbedingt erforderlich. Würden die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, so müsse man zu einer Senkung der Zölle schreiten. Jedenfalls sei damit zu rechnen, daß die neue Notverordnung nach der Abreise des Reichskanzlers und des Reichsaussenministers nach Chequers fertiggestellt werde, daß aber ihr Erlass erst nach der Rückkehr von Chequers erfolge.

Der Flug in den Weltraum.

Professor Piccard mit seinem Mitarbeiter aufgestiegen. Augsburg, 27. Mai.

In den frühen Morgenstunden kurz vor 4 Uhr ist bei fast windstillestem Wetter Professor Piccard mit seinem Mitarbeiter Kipfer schnell und glatt zum Flug in die Stratosphäre gestartet. Der Ballon schlug zunächst nordwestliche Richtung ein, drehte sich dann aber nach Südosten. Er blieb lange den unbewaffneten Augen sichtbar und schwebte etwa anderthalb Stunden nach dem Start am südöstlichen Horizont in schätzungsweise bereits 5000 Meter Höhe und ungefähr drei Kilometer Entfernung.

Die Abmessungen waren sehr streng, so daß selbst die Pressevertreter und Photographen nicht an die Gondel gelangen konnten.

Die letzten Vorbereitungen.

Nach den abschließenden Beratungen der beiden Gelehrten wurde in den Abendstunden mit der Füllung des Riesenballons begonnen. Die Gondel war bereits fertig ausgerüstet und auch mit dem notwendigen Proviant versehen. Nur die oberste Werkleitung und die aus Schupoleten und Arbeitern der Ballonfabrik bestehende Startmannschaft waren um die Gondel beschäftigt. Fast reigungslos stand

der riesige birnenförmige Ballon, der genau dieselbe Füllung wie beim ersten Startversuch (2200 Kubikmeter ist gleich ein Siebentel des Fassungsvermögens) erhalten hatte, über der schwarz-silbernen Aluminiumgondel, von zahlreichen Tauen gehalten.

Man sah Professor Piccard im grünen Sportanzug und mit einer Zylinderhaube auf dem Kopf die letzten Anweisungen erteilen. Um 3 1/2 Uhr schlüpfte er mit Ingenieur Kipfer in die Gondel, die alsbald hermetisch geschlossen wurde. Um 3.55 Uhr erfolgten kurze Kommandos. Unmittelbar darauf erhob sich der Ballon unerwartet schnell vor den Augen der ziemlich überraschten Zuschauer in die Lüfte.

Der Ballon wird auf seinem Flug von verschiedenen Seiten genau beobachtet und auch im Kraftwagen verfolgt. Die im Sonnenschein glänzende silberne Kugel wurde über Kaufbeuren, Kempten, Memmingen und zuletzt über Lindau am Bodensee gesichtet.

In 10 000 bis 12 000 Meter Höhe.

Nach Schätzung von fachverständiger Seite hat Professor Piccards Ballon, soweit man seinen sichtbaren Flug verfolgen konnte, die Grenze der Cirruswolken bereits überschritten und damit die Höhe von 10 000 bis 12 000 Metern erreicht.

Mit dem bisher größten Ballon.

Professor Piccard will in der Stratosphäre, der äußeren gleichförmigen Luftschicht um die Erde, Messungen über Luftbewegung, Einwirkung der Höhenstrahlung der elektrischen Energien usw. vornehmen.

Der Ballon, mit dem Professor Piccard aufgestiegen ist, ist der bisher größte der Welt. Auffallend ist, daß seine Sandfäcke, sondern lediglich

10 Zentner Bleistaub als Ballast

mitgeführt werden. In Facktreisen hält man diese Last für viel zu wenig. Professor Piccard ist für die höchste Not mit einem Fallschirm ausgerüstet, aber das Verlassen der Gondel durch die kleinen Ausstiegslöcher dürfte sehr schwierig sein.

Welche Höhen wurden bisher erreicht?

Die in etwa 13 000 Meter beginnende Stratosphäre wurde bereits von einem bemannten Ballon erreicht. Ein Registrierballon konnte bis auf 30 Kilometer Höhe steigen; die größte Höhe wurde jedoch von den Geschossen des deutschen Ferngeschützes, das Paris bombardierte, durchflogen, deren Weg im Scheitelpunkt 38 400 Meter über der Erdoberfläche lag.

Der Ballon schwebt schon seit mehreren Stunden in etwa 5000 Meter Höhe und treibt im Innern. Flugzeuge sind zur Beobachtung aufgestiegen. Oesterreichische Polizeibeamte verfolgen den Ballon auf Motorrädern.

Politische Rundschau.

Tagung der preussischen Landeskulturverwaltung. Anlässlich der Deutschen Bauausstellung Berlin 1931 sind die leitenden Beamten der preussischen Landeskulturverwaltung vom preussischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten für die Zeit vom 27. bis 29. Mai zu einer Tagung nach Berlin berufen worden. Minister Dr. Steiger eröffnete diese Tagung in der Ehrenhalle der Siebels-Sonderausstellung des preussischen Landwirtschaftsministeriums auf der Bauausstellung.

Herabsetzung der Ministergehälter in Thüringen. Der Thüringer Landtag hat auf Grund eines nationalsozialistischen Antrags die Ministergehälter von 16 000 auf 12 000 Mark herabgesetzt. Da durch diesen Antrag die Ministerialdirektoren ein höheres Jahreseinkommen als die ihnen vorgesetzten Minister haben würden, erscheint es fraglich, ob der Beschluß richtig durchführbar sein wird. Die Annahme des Antrages erfolgte mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, Staatspartei und Deutschnationalen bei Enthaltung der Wirtschaftspartei und Landvolkspartei.

Der Erlass Frieds „wider die Negerkultur“ aufgehoben. Im Landtag von Thüringen wurde ein Antrag der Linken angenommen, nach dem die von Dr. Fried erlassene Verordnung „Wider die Negerkultur — für deutsches Volkstum“ wieder aufgehoben wird. Ferner wurde ein Antrag der Sozialdemokraten angenommen, zu verhindern, daß Staatsanstalten durch rechtsradikale Parteien zur Propaganda gegen den Staat mißbraucht werden.

Rundschau im Auslande.

In der spanischen Hafenstadt San Sebastian kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen streikenden Kommunisten und Truppen. Bisher sind drei Tote gemeldet.

Nach Londoner Mitternachtsmeldungen will die italienische Geheimpolizei festgestellt haben, daß in London eine italienische Geheimpolizei besteht, deren Ziel die Ermordung Mussolinis ist.

Gehaltskürzungen in Japan.

Das japanische Kabinett hat beschlossen, die Verminderung der Bezüge der staatlichen Angestellten in der geplanten Weise durchzuführen. Vom 1. Juni ab werden alle Gehälter und Löhne in Höhe von mehr als 100 Yen (200 Mark) monatlich um drei bis zwanzig Prozent gekürzt werden. Zugleich wird aber die Zuführung abgelehnt, daß die Pensionen und Ruhestandsgeldleistungen unverändert bleiben. In ganz Japan verkehren die Eisen- und Straßenbahnen wie gewöhnlich, abgesehen 1800 Angestellte der Eisenbahnen in Tokio freiwillig wegen des Entschlusses der Regierung, Gehaltskürzungen vorzunehmen, ihre Stellungen aufzugeben.

Verschiedenes.

Eugenberg, Oldenburg-Januschau und Dr. Stadler werden auf einer deutschnationalen Tagung für Weltfrieden-Ost und beide Lippe am Sonntag, 7. Juni, in Porta die Hauptreferate halten. Auf verschiedenen Bahnstrecken werden Sonderwagen für die Teilnehmer bereitgestellt. Näheres ist bei den deutschnationalen Geschäftsstellen und den Vertrauensleuten zu erfahren.

Bethel.

Donnerstagabend 8 1/2 Uhr in Gosen

Blaukreuzstunde.

Jeder ist herzlich eingeladen.

Christlicher Verein junger Männer. Freitag 8 1/2 Uhr Bibelstunde in Gosen. Herr Pastor Schlatter über Jesaja 7.

Ueber die Palästina-Reise wird Herr Pastor Legemeyer am Sonntag, den 31. Mai, 8 Uhr im Altpferdeum einen Lichtbilder-Vortrag halten. 60 künstlerische Lichtbilder. Eintritt frei. Sammlung zur Deckung der Kosten und für das Syr. Waisenhaus.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. G. Suttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Ich bin dein, hilf mir! Psalm 119, 94.

Heute früh durfte mein lieber Mann, unser guter, treuer Vater, der

Diakon

Eduard Gottwald

im 58. Lebensjahr nach langem, mit viel Geduld ertragenem Leiden eingehen in die Ruhe des Volkes Gottes.

In tiefer Trauer:

Cläre Gottwald, geb. Twellmeyer
und Kinder

Martin
Hans
Grete

Bethel, den 27. Mai 1931.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 30. Mai, nachm. um 3 Uhr von der Zionkirche in Bethel aus statt.

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Heute morgen wurde der Meister unserer Schuhmacherei

Diakon Eduard Gottwald

von seinem langen Leiden erlöst. Seine Treue und Gewissenhaftigkeit waren uns immer ein rechtes Vorbild. Wir werden ihn nicht vergessen.

Die Mitarbeiter der Orthopädischen Werkstätten „Heilgarten“.

Bethel, den 27. Mai 1931.

Nordsee
Erholungsaufenthalt
zu günstigen Bedingungen für
Erwachsene und Kinder
Illustrierte Prospekt.
Gemeindevorsteher Paulsen,
Amrum-Norddorf.

Kur-Anstalt
Erholungsheim
vegetarisch und
Kohle
Ebert
Bonneckenstein-Hochharz
unweit Braunlage
Pastor Felckhausen. Prosp. freil.

Der schönste und modernste
Blumenschmuck
für Veranda, Balkon und Fenster-
bretter sind unstreitig meine
echten oberbayerischen
Gebirgs-Hängengelken
Versand überallhin. Illustrierte
Preisliste gratis und franko.
A. Gnadt, Versandgärtnerei,
Trudering 461 (Oberbayern)

Eisen-Betten Schlafzim.
u. Holz- u. Stahlmetr.
Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden. Teil.
Katalog frei. Eisenmöbelabrik Suhl (Thür.)

Stellengedache u. Angebote
haben im
„Aufwärts“ großen Erfolg!

Aussieuer-Wäsche-Paket

zu nur Mk. 32.- bei portofreier Lieferung gegen Nachnahme.

„Sie sammeln im reinlich gebläuteten Schrein
die schimmernde Wolle - den schneigen Lein!“

7,20 m Damast für zwei Bettbezüge, feine Qualität 130 cm

10 m prima süddeutsches Wäschetuch 80 cm

2 St. sehr gute Hohlbaum-Bettücher, 150/225 cm

2 St. gute Feston-Kissen, 80/80 cm

6 St. erstklassige Frotteertücher (Blumenmuster)

2 St. Damenhemden mit Stickerei

6 St. Gläsertücher, fertig gesäumt, prima Qualität

6 St. Küchentücher, gut trocknend

6 St. Damenstaschentücher, mit Hohlbaum und

dazu noch eine schöne Indanthrenfarbige Tischdecke

oder gute Gummi-Wirtschaftschürze.

Bei Nichtgefallen Umtausch gestattet od. Geld zurück. Verlangen Sie unsere ausführliche, neueste Preisliste, an Hand der Sie jede andere Zusammenstellung selbst vornehmen können.

Textilmanufaktur Haagen,
Wilhelm Schöpflin, Wäschefabr.
Haagen 37 A (Baden).

Schwermütige, Verzagte, Erholungsbedürftige und solche, die in gelisteter Not sind, finden freundliche Aufnahme zu mäßig. Preise im

Erholungsheim
Haus Friedensruh
in Laufen/Elach, O./A. Balingen
(Würtbg.) Sommer und Winter
geöffnet. Anfragen sind zu richten
an die Leitung des Hauses.

Gutempfohlenes

Chepaar

findet ein oder mehrere möblierte
Zimmer für kürzere oder längere
Zeit zu billigen Preisen. Küchen-
benutzung. — Nähe Schloßpark.
Prof. Heineke, Charlottenburg-Berlin.
Scharren-Str. 13 II.

1. Die Ge-
fahr vor al-